Baden-Württemberg
Ministerium für Verkehr

Stand 20. Juni 2025

Bei kommunalen Körperschaften
über die Rechtsaufsichtsbehörde an die Bewilligungsstelle:[1]

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des
Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (VwV-LGVFG)
Rad- und Fußverkehr (RuF)

1. Vorhabenträger

Name, Bezeichnung

Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)

Ansprechpartner (Name, Telefon, E-Mail)

Gemeindekennziffer und Investitionsort

Bankverbindung (IBAN, BIC und Kreditinstitut)

[1] Nur bei Vorhaben mit zuwendungsfähigen Investitionskosten ab 500.000 Euro.

2. Maßnahme

Bezeichnung der Maßnahme (ggf. Anschrift)

Durchführungszeitraum (von – bis)

Streckenlänge Baumaßnahme / Anzahl Stellplätze
(Im Erläuterungsbericht sind detaillierte Streckenangaben erforderlich z.B. Länge Gehweg, Radführungsformen, usw.)

Das Vorhaben enthält zusätzlich Maßnahmen aus den Förderbereichen KStB und/oder ÖPNV

☐ KStB ☐ Ortsmitten-Förderung ☐ ÖPNV

Förderung qualifizierter Fachkonzepte des VM BW

☐ Ja ☐ Nein

3. Erhöhter Fördersatz (75 %)

Es handelt sich (zum Teil) um ein Vorhaben, das gem. VwV-LGVFG Teil A, V, Ziff. 2.2.4 einen besonders positiven Beitrag zum Klimaschutz leistet.

☐ Der Nachweis erfolgt durch einen Klimamobilitätsplan gemäß VwV-LGVFG Anlage 20. Dieser ist als Anlage beigefügt.

☐ Der Nachweis erfolgt über einen Einzelnachweis gemäß VwV-LGVFG Anlage 21. Dieser ist als Anlage beigefügt

☐ Das Vorhaben ist ein besonders klimafreundliches Vorhaben mit vereinfachtem Verfahren gemäß VwV-LGVFG, Anlage 22, und muss nicht im Einzelfall als solches belegt werden.

4. Förderberechnung nach LGVFG RuF (Kostenberechnung)

4.1 Gesamtkosten der Maßnahme (Die Gesamtkosten setzen sich zusammen aus der Summe der zwf. Investitionskosten, der zwf. Planungskosten und den nicht zwf. Kosten)	

Maßnahmen mit Regelfördersatz 50%

4.2 Zuwendungsfähige Investitionskosten für Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur (Ermittlung nach Anlage 1a und Anlage 19 zur VwV-LGVFG)	
4.3 Zuwendungsfähige Planungskostenpauschale (20% von 4.2)	**0,00 €**
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtkosten nach VwV-LGVFG (Summe aus 4.2 und 4.3)	**0,00 €**
4.5 Voraussichtliche Zuwendung (50% von 4.4)	**0,00 €**

Maßnahmen mit erhöhtem Fördersatz nach Ziffer 3, Fördersatz 75%

4.6 Zuwendungsfähige Investitionskosten für Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur (Ermittlung nach Anlage 1a, Anlage 19 und Anlage 20/21/22 zur VwV-LGVFG)	
4.7 Zuwendungsfähige Planungskostenpauschale (20% von 4.6)	**0,00 €**
4.8 Zuwendungsfähige Gesamtkosten nach VwV-LGVFG (Summe aus 4.7 und 4.8)	**0,00 €**
4.9 Voraussichtliche Zuwendung (75% von 4.8)	**0,00 €**

4.10 Voraussichtliche Gesamtzuwendung (Summe aus 4.5 und 4.9)	**0,00 €**

5. Voraussichtliche Zuwendung - Jahresbedarf

Voraussichtlicher Bedarf im Jahr		Zuwendung
20		
20		
20		
20		
20		
20		
Summe		**0,00 €**

6. Finanzierungsplan

6.1	Eigenmittel, Eigenleistungen (Summe aus 6.1.1 – 6.1.4)	*wird befüllt*	**0,00 €**
6.1.1	davon - Grundstück		
6.1.2	davon - Planungsleistungen		
6.1.3	davon - Sonstiges		
6.1.4	davon - Allgemeine Haushaltsmittel		
6.2	Fremdmittel (Kredite)		
6.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)		
6.4	beantragte öffentliche Zuwendungen (Angabe der Bewilligungsstelle)		
6.5	voraussichtliche Gesamtzuwendung nach Ziff. 4.10	*wird befüllt*	**0,00 €**
6.6	**Gesamtfinanzierung**	*wird befüllt*	**0,00 €**

7. Begründung

7.1 Notwendigkeit der Maßnahme, der Zuwendung und zur Finanzierung

u.a. detaillierte Beschreibung des Ziels (Was soll mit der Maßnahme erreicht werden, auch im Hinblick auf die zu erbringende Erfolgskontrolle), Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Standort, Raumbedarf, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten.

7.2 Relevanz der Maßnahme für nachfolgende Kriterien

Zugehörigkeit RadNETZ, weitere übergeordnete Netzrelevanz, Verkehrssicherheit, Kosteneffizienz, Rad- und Fußverkehrsaufkommen/-potenzial, Beschleunigung und Attraktivität Rad- und Fußverkehr.

7.3 Die Maßnahme ist in folgendem Rad- bzw. Fußverkehrskonzept der Kommune oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan bzw. Fachkonzept als verkehrswichtig dargestellt

(z.B. RadNETZ BW, Radverkehrs- bzw. Fußverkehrskonzeption des Landkreises, Verkehrsentwicklungsplan / Stadtentwicklungsplan, Landesentwicklungsplan, Regionalplanung, Bauleitplanung, usw.)

7.4 Der Antragsteller ist bezüglich der Maßnahme:

☐ nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

☐ zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preis ohne Umsatzsteuer)

Folgende Genehmigungen liegen bereits vor:

8. Anlagen

Notwendige Anlagen sind beizufügen:

- Die in Nummer 3.2 VV-LHO zu § 44 aufgeführten Unterlagen.

- Eine Entwurfsplanung in Anlehnung an die HOAI, Lph. 3 (in Anlehnung an die RE gegliedert; die Kostenberechnung ist in Anlehnung an AKVS vorzunehmen).

- Landschaftspflegerischer Begleitplan inklusive Artenschutzbeitrag sowie ggf. erforderliche umweltfachliche Untersuchungen gemäß RE.

- Nachweis über die Durchführung eines Sicherheitsaudits gemäß RSAS einschließlich der dazugehörigen Stellungnahme (nur bei Maßnahmen ab zuwendungsfähigen Investitionskosten von 200 000 Euro und nicht bei Fahrradabstellanlagen, wegweisender Beschilderung sowie bei Sitzmöblierungselementen und öffentlichen Toilettenanlagen des Fußverkehrs).

- Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, der baulichen Zulassung (Bebauungsplan, Planfeststellung) sowie der Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen).

- Eine Darlegung, dass das Vorhaben die Belange von Menschen mit Behinderungen oder mit Mobilitätsbeeinträchtigungen mit dem Ziel, eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen, berücksichtigt und nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes zur Barrierefreiheit entspricht.

- Sind kommunale Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte bestellt, ist die Bestätigung beizufügen, dass sie bei der Vorhabenplanung beteiligt waren. Verfügt eine Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte, ist stattdessen eine Bestätigung über die Beteiligung der entsprechenden Verbände im Sinne von § 12 Abs. 1 L-BGG beizufügen.

Bei fachlicher Begründung durch die Vorhabenträgerin bzw. den Vorhabenträger kann auf einzelne der Unterlagen verzichtet werden, soweit diese zur angemessenen Beurteilung des Vorhabens nicht erforderlich sind.

Mit der Unterschrift bestätigt der Antragsteller:

- Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen.
- Die Maßnahme wird gemäß dem aktuellen Stand der Technik insbesondere gemäß den Vorgaben der Anlage 12 (RL Stand der Technik Rad- und Fußverkehr) geplant und umgesetzt. Das Vorhaben wird entsprechend der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant.
- Das Förderprojekt ist in einem Rad- oder Fußverkehrskonzept der Kommune oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan bzw. Fachkonzept als verkehrswichtig dargestellt.
- Das Vorhaben ist mit davon berührten städtebaulichen Maßnahmen im Sinne der VwV-LGVFG (Teil A IV. Ziff. 3.9 und 4.7) abgestimmt.
- Die Förderbedingungen des Landes nach dem LGVFG sowie der VwV-LGVFG wurden zur Kenntnis genommen und vom Antragsteller akzeptiert.
- Die in dieser Anmeldung (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Das Ministerium für Verkehr und die Regierungspräsidien verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Verwaltungsverfahrens. Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. § 4 LDSG-BW und Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besteht die Verpflichtung, Sie auf die Grundsätze des Ministeriums für Verkehr und die der Regierungspräsidien zur Datenverarbeitung hinzuweisen. Informationen des Ministeriums für Verkehr über Datenverarbeitungen und zum Datenschutz (Datenschutzinformation) sind unter folgendem Link abrufbar:
Datenschutzhinweise: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

Die Datenschutzinformationen der Regierungspräsidien sind unter folgendem Link abrufbar:
Datenschutzerklärungen der Regierungspräsidien - Regierungspräsidien Baden-Württemberg

Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform übersandt.

Datum, Unterschrift des Antragsstellers